

Entwicklung des Ausländerbestandes im Kanton St.Gallen seit der Einführung der Personenfreizügigkeit am 1. Juni 2002

Antrag vom 19. April 2010

SP-Fraktion

Antrag:

Gutheissung mit folgendem Wortlaut:¹

Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat über die Entwicklung der Zahlen der ausländischen Wohnbevölkerung seit Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens mit flankierenden Massnahmen zum Schutz der Arbeitnehmenden und über dessen Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Arbeitnehmenden im Kanton St.Gallen Bericht zu erstatten.

Begründung:

Die Personenfreizügigkeit ist untrennbar verbunden mit den flankierenden Massnahmen zum Schutz der Arbeitnehmenden. Eine Zwischenbilanz der Auswirkungen der Einführung der Personenfreizügigkeit ohne Berücksichtigung der flankierenden Massnahmen wäre gerade im besonders betroffenen Grenzkanton St.Gallen einseitig, unvollständig und damit wertlos.

¹ Gekennzeichnet ist die Änderung gegenüber dem Antrag der Regierung.